



europa.ch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 1/2024



Interview mit S.E. Petros Petros Mavromichalis, Botschafter
der Europäischen Union in der Schweiz und für das Fürstentum Liechtenstein:

**«Wir müssen diese wichtige Beziehung
stärken und stabilisieren.»** Seiten 8–9

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Rückblick auf die Verhandlungen nach dem EWR-Nein
- 4 Bilaterale Verträge: Eckpfeiler der Beziehungen Schweiz-EU
- 5 Die Bilateralen als Erfolgsmodell
- 6 Unsere Beziehungen zur EU pflegen, um die Schweiz zu stärken

LITERATUR

- 7 Es begann in Zürich

INTERVIEW

- 8 Interview mit S.E. Petros Mavromichalis

AKTIVITÄTEN DER BEWEGUNG

- 10 Jetzt braucht es Bewegung!
- 11 Unterschriftenbogen der Europa-Initiative

SEKTIONEN

- 12 Europa mitten im Alltag der Genfer:innen

YOUNG EUROPEAN SWISS

- 13 Für die Zukunft der Jugend mehr Europa wagen

INTERNATIONAL

- 14 Voller Einsatz für die Europawahlen in Frankreich

NICHT VERPASSEN

- 15 Neueste Publikation
- 15 Online-Veranstaltung
- 15 Blog-Beitrag

Schweiz und EU, oder Schweiz und Schweiz?

Liebe Leserin, lieber Leser,

Etwas abrupt beendete der Bundesrat vor drei Jahren die Verhandlungen mit der Europäischen Union. Nun hat man die Verhandlungen wieder aufgenommen. Das Verhandlungsmandat wurde im Bundesrat und mit den politischen Parteien, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden heftig diskutiert, bevor es an unser Ver-

grammen und der Austausch von Studierenden unumgänglich. Auf Seiten der Industrie ist der erleichterte Zugang zum Binnenmarkt eine permanente Forderung. Sollte man davon ausgehen, dass das Mandat beim Verfehlen eines dieser Ziele beendet wird? Das wäre etwas zu einfach.



Claude Nicati,

ehemaliger Vize-Präsident
der Europäischen Bewegung
Schweiz

handlungsteam in Brüssel ging. Bis dahin nichts Aussergewöhnliches.

Neu ist, dass der Bundesrat volle Transparenz wünschte und dass die Schweizer Bevölkerung diese Verhandlungen «fast live» mitverfolgen kann. Dieser Schritt, auch wenn er zu begrüßen ist, wirft in mehrfacher Hinsicht Fragen auf. Eine Verhandlung, solange und soweit sie nicht abgeschlossen ist, unterliegt ihrem Wesen nach Veränderungen. Es ist schwierig, über einen noch nicht entschiedenen Sachverhalt zu informieren.

Dazu müssen die Informationen objektiv, umfassend und vor allem gewichtet sein. Eine schwierige Aufgabe: Der Bundesrat wird darlegen müssen, was vorgeschlagen wurde, was angenommen bzw. abgelehnt wurde, und er wird die Gründe dafür nennen müssen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat sehr deutlich gemacht, dass für ihn der Lohnschutz zentral ist. Für die Hochschulen und die Forschung ist der Zugang zu europäischen Forschungspro-

Das ist schlicht und einfach «Mission impossible». In der Tat müsste man informieren über:

- Das Verhandlungsmandat – dies ist bereits geschehen;
- Den Handlungsspielraum unseres Verhandlungsteams – das ist kaum möglich;
- Die jeweilige Bedeutung der angenommenen oder abgelehnten Verhandlungsthemen – es ist schwierig, angenommene oder abgelehnte Punkte zu gewichten.

Und schliesslich wird es darum gehen, die zwangsläufig simplifizierende Frage zu stellen: Sind Sie einverstanden, die Verhandlungen fortzusetzen – oder sollen wir sie abbrechen?

Der Zeitplan scheint eng. Aber man wird sich Zeit nehmen müssen, um allen Partnern die Ergebnisse dieser Verhandlungen zu erklären und sie davon zu überzeugen.

Und nun? Lassen wir unser Verhandlungsteam arbeiten – und nehmen wir uns anschliessend Zeit für die Diskussion. Wir sollten die verschiedenen Schritte der Reihe nach gehen. ★

Rückblick auf die bilateralen Verhandlungen nach dem EWR-Nein

von **Ralph Friedländer**, Leiter der Geschäftsstelle der Beratenden Kommission für internationale Zusammenarbeit des Bundesrates und Mitglied der Politischen Kommission der Europäischen Bewegung

Das sehr knappe Nein zur Beteiligung der Schweiz am Vertragswerk zwischen den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) mit der Europäischen Union über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 hat eine Schockwelle ausgelöst. Das Ausscheren der Schweiz hatte negative Folgen für die übrigen damaligen Mitglieder der EFTA (Österreich, Liechtenstein, Schweden, Norwegen und Island), denn der EWR konnte auch für sie nicht in Kraft treten und musste neu verhandelt werden.

Leider setzte sich in politischen und wirtschaftlichen Kreisen das Narrativ durch, wonach das am 26. Mai 1992 gestellte Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft für das Nein zum EWR verantwortlich sei. Ich gehörte zu denen, die zu diesem Schritt geraten hatten damit die Schweiz bei der damals geplanten Ausarbeitung der europäischen Verfassung hätte mitwirken können. Im Januar 1993 erklärt der Bundesrat, dass die Schweiz bis auf Weiteres auf die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft verzichtet.

Das Integrationsbüro, für das ich damals arbeitete, hat im Auftrag des Bundesrates die Ausarbeitung eines schweizerischen Vorschlags an die EU koordiniert. Vorgeschlagen wurden Verhandlungen in 15 Bereichen. Davon waren folgende an das Freihandelsabkommen von 1972 gekoppelt: Ursprungsregeln, passiver Textilveredelungsverkehr, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen (im Rahmen der WTO/GATT-Regelungen), Produkthaftung, Tierenschutzbestimmungen, Pflanzenschutzbestimmungen, geistiges Eigentum. Nicht an das Freihandelsabkommen gekoppelte Bereiche waren Luftverkehr, Strassenverkehr, Forschung, audiovisuelle Programme (MEDIA), Statistik sowie Erziehung/Bildung/Jugend. Das von mir als Chefunterhändler ausgehandelte und paraphierte Erasmus-Abkommen hätte vom EWR übernommen

werden sollen. Es leistete jedoch noch viele Jahre gute Dienste für die Student:innen. Am 9. November 1993 beschloss der EU-Rat die Aufnahme von Verhandlungen in vier Bereichen (Strassenverkehr; freier Personenverkehr; Forschung; freier Marktzugang für landwirtschaftliche Produkte) und soweit als möglich in zwei weiteren Bereichen (technische Handelshemmnisse; öffentliches Beschaffungswesen). Es galt das Prinzip des Parallelismus: Die verschiedenen Dossiers sollten zusammen verhandelt und abgeschlossen werden, da sie auch nur zusammen gelten können. Damit wurden zwei für die Schweiz politisch hochsensible Bereiche aufgenommen – der freie Personenverkehr und landwirtschaftliche Produkte –, während einige von der Schweiz vorgeschlagenen Bereiche von der EU vorerst beiseitegelassen wurden. Weniger bekannt ist die Verärgerung in der EU über die Annahme der Alpeninitiative 1994. Diese war für uns Unterhändler:innen zuweilen noch stärker spürbar als nach dem EWR-Nein. Die Kommission und die Mitgliedstaaten empfanden sie als egoistischen, selbstgerechten Entscheid, den die Schweiz trotz europäischer Tragweite im Alleingang beschloss: der für die europäische Wirtschaft zentrale Nord-Süd-Strassenverkehr müsste um die Schweiz herum umgeleitet werden. Mit dem Bau der NEAT versuchte die Schweiz mit einer glaubwürdigen Schienenalternative diese Vergrämung zu lindern. Erst im Dezember 1994 eröffneten die Schweiz und die EU in Brüssel schliesslich die Verhandlungen zu den bilateralen Abkommen I. Ganze vier Jahre später, Ende 1998, wurden sich die Unterhändler:innen in Wien einig. Der Schweiz gelang es, sehr lange Übergangszeiten (25 Jahre) sowie Schutz- bzw. Ventilklauseln im Bereich der Personenfreizügigkeit durchzubringen. Das Parlament stimmte dem Abkommen im Oktober 1999 zu. Das Referendum dagegen kam zustande aber das Schweizer Volk sprach sich mit 67.2 Prozent für die Bilateralen I aus. ★



© Ralph Friedländer

RALPH FRIEDLÄNDER wurde 1959 in Mosambik geboren und wuchs in Genf und Lugano auf. Er erhielt einen Master in Psychologie von der Universität Zürich. 1991 trat Friedländer der Bundesverwaltung im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation bei. Er hat das Abkommen über die Teilnahme der Schweiz an «Erasmus» ausgehandelt und paraphiert. Anschliessend war er Unterhändler für verschiedene bilaterale Abkommen, inkl. des Abkommens über den freien Personenverkehr. Friedländer arbeitete später im Staatssekretariat für Wirtschaft, wo er die Schweiz in internationalen Rohstofforganisationen vertrat, und in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit. Er vertrat die Schweiz im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie im Global Compact der Vereinten Nationen und war u.a. verantwortlich für die regionale Zusammenarbeit im Westbalkan. Seit 2020 leitet er die Geschäftsstelle der Beratenden Kommission für internationale Zusammenarbeit des Bundesrates, einer nichtparlamentarischen Kommission, welche die internationale Zusammenarbeit der Schweiz analysiert und dem Bundesrat Empfehlungen abgibt.

Bilaterale Verträge: Eckpfeiler der Beziehung Schweiz-EU?

von **Christine Schraner Burgener**, Staatssekretärin für Migration



© Christine Schraner Burgener

CHRISTINE SCHRANER BURGNER ist seit Januar 2022 Staatssekretärin für Migration. 1991 trat sie in den diplomatischen Dienst des EDA ein und arbeitete unter anderem in Marokko und Irland. In Bern wirkte sie als Stellvertretende Direktorin der Direktion für Völkerrecht, als Generalsekretärin der internationalen Humanitären Ermittlungskommission und als Koordinatorin für Terrorismusbekämpfung. Sie war Botschafterin der Schweiz in Thailand und in Deutschland, bis sie 2018 die Funktion als Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs zu Myanmar übernahm. Christine Schraner Burgener wuchs bis zum zehnten Lebensjahr in Tokio auf. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität Zürich.

Am 8. März 2024 hat der Bundesrat das Mandat für die Verhandlungen mit der EU verabschiedet. Durch die Veröffentlichung des Verhandlungsmandats schuf er Transparenz und unterstrich gleichzeitig das Interesse der Schweiz an soliden und nachhaltigen Beziehungen mit der EU. Vor ziemlich genau 25 Jahren wurden die Verhandlungen zum ersten Paket der bilateralen Verträge abgeschlossen und die Abkommen unterzeichnet. Die bilateralen Verträge sind seither zu einem zentralen Element für den Wohlstand und den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz geworden.

Mit den bilateralen Verträgen ist ein gemeinsamer Raum entstanden

Seit dem Inkrafttreten 2002 spielen diese Verträge eine entscheidende Rolle in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Sie decken nicht nur ein breites Spektrum an Themen wie Handel und Forschung bis hin zu Migration und Sicherheit ab. Sie prägen unsere Beziehungen auch in der Tiefe, indem sie einen gemeinsamen Raum schaffen, der uns mit unseren Nachbarn und mit unserem wichtigsten Handelspartner verbindet. Der Warenhandel zwischen der Schweiz und den europäischen Grenzregionen war 2022 mit 98,7 Milliarden Franken in etwa so gross wie mit den USA.

Personenfreizügigkeit als Marktzugangsabkommen

In diesem gemeinsamen Raum bewegen sich nicht nur Waren, sondern auch Menschen. Dank dem Freizügigkeitsabkommen kann die Wirtschaft in der Schweiz auf die nötigen Arbeitskräfte in der EU zurückgreifen und einen Teil des steigenden Arbeitskräftemangels in der Schweiz ausgleichen. Nur bei rund zehn Prozent der Einwanderung aus der EU in die Schweiz handelt es sich um Nichterwerbstätige, die restlichen Zugewanderten aus der EU gehen in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nach oder leben hier als Familienmitglieder von Er-

werbstätigen. Die Erwerbsbeteiligung von EU/EFTA-Staatsangehörigen betrug 2022 entsprechend hohe 85,4 Prozent – bei gleichzeitig tiefer Arbeitslosenquote. Auch wenn die hohe Zuwanderung für die Schweiz Herausforderungen mit sich bringt, hat sie doch einen unbestrittenen Stellenwert für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

Positive Auswirkungen auf die Sozialversicherungen

Nebenbei trägt die Personenfreizügigkeit mit der EU zur Verjüngung der Bevölkerung bzw. zur Verlangsamung der demographischen Alterung bei. Dies hat positive Effekte auf die Sozialversicherungen in der Schweiz: EU/EFTA-Staatsangehörige waren 2020 verantwortlich für 27,1 Prozent der Beiträge an die AHV, sie beziehen hingegen nur 15 Prozent der Leistungen. Der Beitrag der EU/EFTA-Staatsangehörigen zur Finanzierung der 1. Säule hat seit Einführung der Personenfreizügigkeit ausserdem stark zugenommen.

Keine Einbahnschiene

Heute leben mehr als 1,5 Millionen EU-Staatsangehörige in der Schweiz. Es geht in der aktuellen Debatte dabei zeitweilen vergessen, dass die Personenfreizügigkeit auch auf individueller Ebene neue Rechte geschaffen und somit die Mobilität in Europa vereinfacht hat. Dank ihr können Schweizerinnen und Schweizer in der EU studieren, einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ihren Ruhestand verbringen. Mehr als 450'000 Schweizerinnen und Schweizer machen davon Gebrauch und leben derzeit in einem EU-Mitgliedstaat. Sie tragen ebenso dazu bei, dass Europa zusammengewachsen ist und vielfältige Beziehungen über Grenzen hinweg entstanden sind. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern werden wir auch zukünftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen. ★

Die Bilateralen als Erfolgsmodell

von **Monika Rühl**, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse

Vor genau 25 Jahren unterzeichneten die Schweiz und die Europäische Union das erste bilaterale Abkommenspaket. Fünf Jahre später folgten dann die Bilateralen II. Rückblickend lässt sich festhalten: Die Bilateralen haben sich für die Schweiz als Erfolgsmodell erwiesen.

Die EU ist und bleibt unsere wichtigste Handelspartnerin. Rund 50 Prozent unserer exportierten Waren gehen in die EU, 70 Prozent der Importe stammen aus der EU. Zudem profitieren die Regionen Zürich, Tessin, Nordwest- und Zentralschweiz von allen europäischen Regionen am stärksten vom EU-Binnenmarkt. Auch die Schweizer Arbeitnehmer:innen haben vom Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre profitiert. Insgesamt hat das reale BIP pro Kopf in der Schweiz zwischen 2000 und 2022 um 21 Prozent zugenommen, auch dank den Bilateralen. Dies entspricht einer Zunahme von rund 15700 Franken pro Kopf. Kurz: Die Bilateralen haben dazu beigetragen, dass der Wohlstand und auch die Löhne in der Schweiz gestiegen sind.

Zahlreiche Vorteile

Insgesamt existieren rund 140 bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Jedes einzelne dieser Abkommen bringt Vorteile für die Schweizer Wirtschaft, aber auch für jede und jeden von uns. Ich möchte drei Beispiele hervorheben.

Dank der Personenfreizügigkeit können Schweizer Firmen unbürokratisch Arbeitskräfte aus dem europäischen Raum einstellen, wenn sich diese in der Schweiz nicht finden lassen. Dies mildert den zunehmenden Arbeitskräftemangel. Gleichzeitig haben wir grundsätzlich alle das Recht, uns in einem EU-Staat z. B. für die Arbeit oder ein Studium niederzulassen. Seit der Unterzeichnung des Schengen-Assoziierungsabkommens 2008 ist die Schweiz zudem Mitglied des Schengen-Raums. Damit kam es, mit wenigen temporären Ausnahmen, zur Aufhebung der systematischen Grenzkont-

rollen. Dies erleichtert tagtäglich zahlreichen Menschen und Erwerbstätigen das Leben, welche ohne lange Staus und mühsame Identitätskontrollen jenseits der Grenze arbeiten, studieren oder Familie und Freunde besuchen wollen. Diese Reisefreiheit ist auch für den Tourismus und den Kultursektor von grosser Relevanz. Das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) beinhaltet die gegenseitige Anerkennung von Normen und Zertifizierungen für Industrieprodukte zwischen der Schweiz und der EU. Dank diesem Abkommen können Schweizer Industrieprodukte barrierefrei in die EU exportiert werden und müssen in der EU nicht erneut in einem teuren und langwierigen Verfahren zertifiziert werden. Dies hat auch Vorteile für Schweizer Konsumenten und Konsumentinnen, denn die Preise für Produkte wie beispielsweise Waschmaschinen, Druckgeräte oder Spielzeug sind dank diesem Abkommen tendenziell tiefer. Am Beispiel des MRA zeigt sich jedoch auch die schleichende Erosion des bilateralen Wegs: Ohne Aktualisierung des MRA mit insgesamt 20 Produktkategorien würden ab 2026/2027 bis zu 60 Prozent der Schweizer Exportunternehmen ihre bisherige Teilnahme am EU-Binnenmarkt verlieren. Bei der hohen Bedeutung dieser Branchen für den Industriestandort Schweiz dürften die betriebswirtschaftlichen Anpassungskosten die Milliardenschwelle übersteigen. Das ist Geld, welches für Investitionen in innovative Produkte oder höhere Löhne für die Mitarbeitenden fehlt.

Stabilisieren & weiterentwickeln

Der bilaterale Weg mit der EU hat sich für die Schweiz bewährt. Wir sind dadurch eigenständig und frei. Es ist zentral, dass dieser Weg nun mit den Bilateralen III weiterentwickelt und stabilisiert werden kann. Dies schafft Rechtssicherheit und stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz in geopolitisch unsicheren Zeiten. Die Schweiz liegt mitten in Europa. Wir leben nicht hinter Mauern, sondern sind ein offenes und innovatives Land. Damit dies in Zukunft so bleibt, brauchen wir die Bilateralen III. ★



© economiesuisse

MONIKA RÜHL ist seit September 2014 Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse. Im Anschluss an ihr Studium der Romanistik (Französisch und Italienisch) an der Universität Zürich absolvierte Monika Rühl die Ausbildung zur Diplomatin in Bern, Brüssel und Genf. Nach Stationen im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) war sie persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Joseph Deiss (2002 im EDA, 2003–2006 im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement) und anschliessend Chefin des Leistungsbereichs bilaterale Wirtschaftsbeziehungen im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO mit Titel Botschafterin und als Mitglied der Geschäftsleitung. 2008 wurde sie zur Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge ernannt. Von 2011 bis 2014 leitete sie das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Unsere Beziehungen zur EU pflegen, um die Schweiz zu stärken

von **Marie-France Roth Pasquier**, Nationalrätin Mitte/FR und Gemeinderätin von Bulle (FR)



© Marie-France Roth Pasquier

MARIE-FRANCE ROTH PASQUIER wurde 1968 in Schwarzsee im Kanton Freiburg geboren. Ihre politische Karriere begann 2006 im Conseil général (Legislative) von Bulle. Sie stieg rasch auf: 2011 wurde sie in die Exekutive des Greyerzer Hauptortes gewählt, fünf Jahre später in den Grossen Rat und 2019 für die Mitte (damals CVP) in den Nationalrat. Sie ist Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen. Roth Pasquier ist den Werten ihrer Partei verbunden, grenzt sich jedoch gerne von deren konservativerem Flügel ab, indem sie eine grünere, sozialere und europäischere Vision verfolgt. Die Freiburgerin, die Mitglied der Europäischen Bewegung Schweiz ist, hat an der Universität Lausanne Politikwissenschaften studiert und anschliessend an der Universität Leuven in Belgien ein Nachdiplomstudium in Europastudien absolviert. Begeistert von Geschichte und Soziologie des im Aufbau befindlichen Europas, brachte das Nein zum EWR 1992 ihr Interesse an einer diplomatischen Laufbahn ins Wanken. Heute lebt sie mit ihrem Mann und ihren drei Kindern in Bulle.

«Ich bewundere zutiefst den Frieden, den Europa uns beschert hat. Meine Falten zeigen noch das Unglück der Kriege, es wird mich nie verlassen. Aber jedes Mal, wenn ich mich morgens im Spiegel betrachte, sage ich: Michel, wir haben Frieden.»

Mit diesen Worten beendete der französische Philosoph Michel Serres 2019 im Fernsehen seine Liebeserklärung an Europa. Der 1930 im Südwesten Frankreichs geborene Akademiker schilderte die Kriege, die seine Jugend geprägt hatten: der Spanische Bürgerkrieg und die traumatisierten Flüchtlinge, die in seiner Heimatregion aufgenommen wurden, der Zweite Weltkrieg und die Kolonialkriege. Bis zu seinem dreissigsten Lebensjahr habe er nur den Krieg gekannt und viel Leid gesehen. Wenige Monate nach dieser öffentlichen Liebeserklärung an Europa verstarb Michel Serres. Manchmal denke ich – verzeihen Sie mir –, dass er rechtzeitig gestorben ist: Dies ersparte ihm zumindest den Kummer über den Brexit oder die Uneinigkeit Frankreichs und Deutschlands bezüglich Hilfe an die zerbombte Ukraine.

Frieden fördern

Oftmals vergessen wir es ein wenig: Das Hauptziel der Erbauer:innen der Europäischen Union war es, den Frieden zu fördern. Durch wirtschaftlichen Wohlstand, den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen, durch Zusammenarbeit und Solidarität sollten bewaffnete Konflikte künftig vermieden werden. Nicht Staaten, sondern Menschen wollte man vereinen. Heute, fast 70 Jahre nach den Römischen Verträgen und bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU geht es immer noch um dasselbe: gemeinsam stärker zu sein; Wohlstand, Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Auch wenn die Schweiz kein EU-Mitglied ist, befindet sie sich historisch, kulturell und geografisch im Herzen Europas.

Enge Beziehungen zu unseren Nachbarn werden unsere Souveränität nicht schwächen, im Gegenteil: Die Schweiz wird fähiger werden, die eigene Zukunft zu gestalten und ihre nationalen Interessen zu schützen.

Wichtige Abkommen für die Schweiz

Durch sorgfältige Verhandlungen kann die Schweiz einen kontinuierlichen und besser vorhersehbaren Zugang zum Binnenmarkt sicherstellen, was für unsere Exportwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Und sie könnte in den Bereichen, die von den einzelnen Abkommen abgedeckt sind, enger in die Entscheidungsprozesse der EU eingebunden werden. Dadurch könnte die Schweiz an Diskussionen teilnehmen, die ihre Interessen berühren. Ein anschauliches Beispiel ist die wichtige Frage der Energieversorgung. Um Stromengpässe in der Schweiz zu vermeiden – und im Rahmen der Liberalisierung des Strommarktes – müssen die Schweizer Energieunternehmen in europäischen Gremien mitreden können. Das Abkommen wird zur Versorgungssicherheit und zur Stabilisierung des Netzes beitragen und den internationalen Stromhandel vereinfachen. Mit über 40 grenzüberschreitenden Verbindungspunkten ist unser Stromnetz eng mit dem der

Die Verhandlungen zum Erfolg bringen, im Interesse des Landes

Natürlich stehen lange und schwierige Auseinandersetzungen bevor. Der Lohnschutz oder die Streitschlichtung werden zu Recht Gegenstand intensiver Debatten sein. Aber ich bin mir sicher: Der erfolgreiche Abschluss dieser Verhandlungen wird zeigen, dass unser Land sich souverän in dauerhafte internationale Beziehungen einbringen kann – und zugleich seine nationale Identität und seine Entscheidungsautonomie zu wahren vermag. ★



Es begann in Zürich

von **Dr. Christoph Driessen**, Leiter des Kölner Büro der Deutschen Presse-Agentur dpa und Autor

Am 19. September 1946 drängten sich Tausende Zürcher und Zürcherinnen in den Strassen, um einen Blick auf Winston Churchill zu erhaschen. Da stand er nun leibhaftig im offenen Wagen, der Mann mit der schwarzen Melone, der Fliege und der Havanna-Zigarre. In der Universitätsaula hielt Churchill an jenem Vormittag die wohl wichtigste Rede in der Geschichte der europäischen Einigung. Er pries ein «vorzügliches Heilmittel» für den am Boden liegenden Kontinent an: «Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.»

Im Jahr nach der Befreiung von Auschwitz und der Niederwerfung Nazi-Deutschlands waren das ungeheuerliche Worte. Doch Churchill ging noch weiter. «Ich sage Ihnen jetzt etwas, das Sie erstaunen wird», warnte er. «Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein.» Churchills Worte waren visionär: Nur vier Jahre später schlug der französische Aussenminister Robert Schuman vor, die gesamte Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs einer überstaatlichen Behörde zu unterstellen. Kohle war damals noch der wichtigste Energieträger, und Stahl war das wichtigste Material der Rüstungsindustrie. Wenn man den beiden «Erbfeinden» die Kontrolle darüber entzog, würden sie nie wieder Krieg gegeneinander führen können. Das war die ebenso einfache wie geniale Idee, die der Europäischen Union zugrundeliegt. Aus der überstaatlichen Behörde ist die Kommission in Brüssel hervorgegangen.

Die EU ist ein in der Weltgeschichte einzigartiges Experiment. Statt sich gegenseitig zu bekämpfen und zu übertrumpfen, arbeiten ihre Mitglieder in einer gemeinsamen Organisation gleichberechtigt zusammen. Kooperation statt Konfrontation – das ist das Rezept. Es hat Westeuropa eine beispiellos lange Phase des Friedens beschert. All das wird heute allerdings kaum noch mit der EU assoziiert. Viele Menschen nehmen sie vor allem als eine abstrakte bürokratische Institution zur Überregulierung ihres Alltags wahr. Die unübersichtliche Struktur verstärkt diesen Eindruck. Es ist kaum bekannt, dass die EU nicht auf dem

Reissbrett fertig entworfen wurde, sondern das Ergebnis von Zufällen, Gelegenheiten und Krisen ist.

Das nachzuzeichnen, ist das Ziel meines Buches. Dabei war es mir wichtig, die Materie so aufzubereiten, dass man sich gern damit beschäftigt. Wenn ein Zeitungsrezensent neulich schrieb, das Werden der Union lese sich hier teilweise «spannend wie ein Krimi», dann ist das genau das, was mir im Idealfall vor Augen stand.

Der Auslöser zum Schreiben des Buches war für mich das Brexit-Referendum von 2016. Ich habe sieben Jahre in London gelebt und grosse Sympathien für das Land. Die Abwendung von Europa, teils infolge einer jahrzehntelangen Hass-Propaganda in Teilen der Medien und einer Fake-News-Kampagne in den Monaten zuvor, bestärkte mich darin, dass ich als Journalist und Historiker meinen Beitrag – und sei er auch noch so klein – leisten musste, um einer Wiederholung dieses Dramas vorzubeugen. Ich habe dafür den Weg gewählt, der mir als Agenturjournalist am meisten liegt: Ich habe keine Streitschrift oder Handlungsempfehlung verfasst, sondern den Versuch unternommen, die Geschichte der EU sachlich korrekt, verständlich und vielleicht auch noch einigermaßen unterhaltsam darzustellen. Alle weiteren Schlüsse ergeben sich meines Erachtens von selbst. Es ist meine feste Überzeugung, dass gerade auch engagierte Unterstützer der europäischen Idee das Buch mit Gewinn lesen werden. ★



Das Buch «Griff nach den Sternen – Die Geschichte der Europäischen Union» schildert die Entwicklung seit der 1951 gegründeten Montanunion. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den entscheidenden Etappen, die im Stil kurzer Reportagen geschildert werden. Man riecht die Zigaretten von Bundeskanzler Schmidt und sieht das verärgerte Gesicht der Queen, wenn er sie auf ihren Silbertellern ausdrückt. Historische Fotos, Porträts wichtiger Persönlichkeiten und Stichworte zu zentralen Begriffen lockern den Text auf. Das umfangreiche Register ermöglicht auch einen schnellen lexikalischen Zugriff.



© Christoph Driessen

DR. CHRISTOPH DRIESSEN, geboren 1967 als niederländischer Staatsbürger im Ruhrgebiet, studierte Journalistik und Geschichte. Nach einem Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk (WDR) war er lange Auslandskorrespondent in Den Haag, London und New York. Seit 2006 leitet er das Kölner Büro der Deutschen Presse-Agentur dpa. Zu seinen Werken gehören «Geschichte der Niederlande – Von der Seemacht zum Trendland» und «Geschichte Belgiens – Die gespaltene Nation». Im deutschen Fernsehen tritt Driessen regelmässig als Experte in Gesichtssendungen auf. Für sein neues Buch über die EU hat er acht Jahre recherchiert.

«Die Schweiz und die EU sind Freunde und werden es immer bleiben.»

Auch in der neuen Legislaturperiode wird die Europäische Union verschiedenen Herausforderungen begegnen. Sie hat in den vergangenen Jahren aber bewiesen, dass sie anpassungsfähig ist. In einer sich schnell verändernden Welt, sind gute Freundschaften besonders wichtig. Die Schweiz und die EU sind glücklicherweise auf gutem Weg, wieder eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen. Darüber sprechen wir mit EU-Botschafter Petros Mavromichalis.



© Alessandro della Valle, EU-Delegation Bern

PETROS MAVROMICHALIS wurde am 15. Mai 1964 in Athen geboren. Er ist griechischer und belgischer Staatsbürger und spricht sieben Sprachen. Nach seinem Jurastudium in Strassburg und London trat er 1994 in die Europäische Kommission und die Generaldirektion Handel der EU ein. Von 1998 bis 2003 begleitete er die Beitrittsverhandlungen der zukünftigen neuen EU-Mitglieder in der für die Erweiterung zuständigen Generaldirektion. Er setzte seine Laufbahn in der Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union fort und war von 2012 bis 2020 Abteilungsleiter im Europäischen Auswärtigen Dienst (EU Situation Room und Open Source Intelligence). Im Jahr 2020 wurde er zum Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz und für das Fürstentum Liechtenstein ernannt.

Sie vertreten seit 2020 die Europäische Union in Bern. Welche Bilanz ziehen Sie aus den vier Jahren, die Sie in der Schweiz verbracht haben?

Meine Amtszeit in der Schweiz war von einer Reihe von Krisen geprägt: die Covid-19-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Konflikte im Nahen Osten und in Afrika, aber auch Spannungen in unserer Beziehung zur Schweiz, nachdem die Gespräche im Mai 2021 abgebrochen wurden. Glücklicherweise wurde der Dialog zwischen der Europäischen Union und der Schweiz seither wieder aufgenommen und ich wage zu behaupten, dass wir uns nun auf dem richtigen Weg befinden, um wieder eine zukunftsorientierte Beziehung zu erreichen.

Sie haben alle Ecken des Landes besucht. Welche Erkenntnisse haben Sie daraus gewonnen?

Die Schweiz ist ein wunderschönes und gut organisiertes Land. Die Menschen sind sehr freundlich, gut ausgebildet und gut informiert, nicht zuletzt dank eines sehr leistungsfähigen Bildungssystems. Die Schweiz ist angesichts ihrer geografischen Lage, ihrer Kultur, ihrer Sprachen und ihrer Werte ein vollkommen europäisches Land. Ich habe mich hier zu Hause gefühlt.

Was hat Sie an der Europadebatte in der Schweiz am meisten überrascht?

Mich hat die Befürchtung überrascht, dass die Schweiz durch eine Annäherung an die Europäische Union ihre Unabhängigkeit und ihre Identität verlieren könnte. Diese Befürchtung ist meiner Meinung nach völlig unbegründet.

Die Stellungnahmen der Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz stellen oft niemanden zufrieden: Entweder ist es zu viel oder zu wenig. Wie sind Sie mit dieser Situation umgegangen?

Ich habe versucht, ich selbst zu bleiben, die Europäische Union aufrichtig zu vertreten, unseren Schweizer Partnern zuzuhören und auf sie zuzugehen. Denn ich bin der Meinung, dass wir unter Freunden die Pflicht haben, einander die Dinge zu sagen, wie sie sind, und dabei höflich und respektvoll zu bleiben.

Gab es eine Botschaft, die in der Schweiz besonders schwer zu empfangen war?

Ich glaube nicht, dass ich schlechte Nachrichten überbracht habe. Die Position der Europäischen Union, die ich hier lediglich vertrete, hat sich in den letzten Jahren nicht geändert.

Das Jahr 2024 ist ein Wahljahr für die Union. Was sind Ihrer Meinung nach die drei grössten Erfolge der Legislaturperiode 2019-2024?



Meiner Meinung nach sind dies der Kampf gegen die Covid-19-Pandemie, die Unterstützung der Ukraine und das EU-Gesetz über digitale Dienste («Digital Services Act (DSA)»), das uns die Bekämpfung von Desinformation ermöglicht.

Und was sind die drei grössten Herausforderungen für die kommende Legislatur?

Ohne zu zögern: die Stärkung unserer Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten, die Bekämpfung des Klimawandels und die Bemühungen, unsere Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger zu machen. All dies in einer sich schnell verändernden Welt und in einem unfreundlichen Umfeld.

Der Wahlprozess in der Union ist Opfer von Einmischungen durch ausländische Mächte. Inwieweit ist die EU in der Lage, damit umzugehen?

Der Kampf gegen ausländische Einmischung und gegen Cyberkriminalität sind für uns vorrangige Themen. Wir arbeiten daran in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsstaaten. Dabei helfen soll uns auch der «Digital Services Act», der Online-Plattformen dazu verpflichtet, Desinformationen entgegenzuwirken.

Sind Sie wie Präsident Emmanuel Macron der Meinung, dass «Europa vergänglich ist»? Wenn ja, warum?

Das europäische Projekt hat uns die längste Periode von Frieden und Wohlstand seit Jahrhunderten beschert, zumindest auf dem Gebiet unserer Mitgliedstaaten. Es ist auch ein Vorteil für die Schweiz, dass sie von friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Nachbarn umgeben ist. Aber die Europäische Union ist eine unvollendete Baustelle. Wie erwähnt, warten viele Schwierigkeiten auf uns. Wenn wir die nächste Erweiterung erfolgreich bewältigen wollen, werden wir unsere Verfahren, unsere Politik und unseren Haushalt reformieren müssen... Wir müssen den Herausforderungen gewachsen sein, um Europa stärker und widerstandsfähiger zu machen. Die Ausgangslage ist nicht dieselbe wie vor zwanzig Jahren.

Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand der Europäischen Union?

In den letzten Jahren hat die Europäische Union ihre Handlungsfelder auf neue Bereiche ausgedehnt: gemeinsame Anleihen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung nach der Covid-19-Pandemie, gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen zum Schutz unserer Bevölkerung, Lieferungen militärischer Ausrüstung an die Ukraine



durch EU-Gelder, um nur einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen. Auch wenn ihr das nur wenige zugetraut hätten, hat die EU bewiesen, dass sie anpassungsfähig ist. Das zeigt mir, dass – egal mit welchen Problemen unsere Nationen und Gesellschaften konfrontiert sind – die Lösungen nur auf europäischer Ebene gefunden werden können.

Und was erhoffen Sie sich für die Zukunft?

Ich hoffe auf eine solide institutionelle Reform, um die nächste Erweiterung vorzubereiten – ein strategisches Erfordernis. Wir haben bewiesen, dass wir auch in Krisenzeiten handlungsfähig sind. Nun müssen wir uns mit Instrumenten ausstatten, die es uns ermöglichen, Krisen zu verhindern.

Was möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern abschliessend mitteilen?

Die Schweiz und die Europäische Union sind Freunde und werden es immer bleiben. Um diese wichtige Beziehung zu stärken und zu stabilisieren, müssen wir endlich die Probleme lösen, über die wir schon viel zu lange diskutieren. Damit die Schweiz weiterhin am europäischen Binnenmarkt teilnehmen kann, was für beide Seiten von Vorteil und in ihrem Interesse ist. Wir sollten aber auch bedenken: Freundschaft bedeutet nicht, dass es keine gemeinsamen Regeln für den Binnenmarkt gibt, an dem die Schweiz teilnehmen will. ★

“

«Die EU ist eine unvollendete Baustelle. Es warten noch viele Schwierigkeiten. Wir müssen diesen gewachsen sein, um Europa stärker und widerstandsfähiger zu machen.»

Jetzt braucht es Bewegung!

von **Raphaël Bez**, Generalsekretär und
Janina Aeberhard, Stv. Generalsekretärin der Europäischen Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz



© Operation Libero



© Operation Libero



Anfang März hat der Bundesrat ein neues Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union verabschiedet. Am 18. März wurden die Verhandlungen auch in Brüssel offiziell wieder aufgenommen. Nachdem die Erosion der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat, ist dies ein richtiger und wichtiger Schritt. Aber Achtung: die Gegenseite ist bereits laut! Und sie mobilisiert mit bedeutenden finanziellen und personellen Ressourcen. Deshalb braucht es mehr denn je ein starkes Engagement für die europäische Zukunft der Schweiz. Es braucht Bewegung, jetzt!

Wir sagen Ja!

Die Wiederaufnahme von Verhandlungen ist der Beginn einer neuen politischen Phase. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Der Bundesrat möchte die Verhandlungen bis Ende Jahr abschliessen, damit das Parlament nächstes Jahr darüber befinden kann. Mit diesem Zeitplan ist eine Volksabstimmung 2026 realistisch.

Das sind also nur zwei Jahre, um den Boden für eine erfolgreiche Abstimmungskampagne zu bereiten. Wir müssen jetzt bereits mobilisieren, die Kräfte bündeln und die Schweiz auf diese richtungsweisende Volksabstimmung einstimmen. Zu diesem Zweck haben wir eine Vorkampagne lanciert. Mit den Stickern «Ich sage Ja!» wollen wir schon heute zeigen, dass wir hinter dem Verhandlungsmandat stehen.

Und unterstützen die Europa-Initiative

Dazu unterstützen wir die Europa-Initiative. Auch sie setzt sich für eine starke Schweiz in Europa und für die Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU ein. Die Initiative will die aktive Teilnahme der Schweiz an der europäischen Integration in der Verfassung verankern. Sie will auch den Abschluss von Abkommen mit der EU sicherstellen, um die Teilnahme am Binnenmarkt und an der europäischen Zusammenarbeit zu gewährleisten. Die Europa-Initiative will also eine souveräne Schweiz, die aktiv am europäischen Frie-

dens-, Wohlstands- und Sicherheitsprojekt teilnimmt.

Seit fast 90 Jahren setzt sich die Europäische Bewegung dafür ein, dass die Schweiz dort mitreden kann, wo die Entscheidungen gefällt werden. Denn, wie der ehemalige Bundesrat Josef Deiss es gesagt hat: «Abseitsstehen ist keine Geste der Souveränität, sondern des Versagens.»

Ausserdem ist es in der aktuellen Weltlage, in der seit mehr als zwei Jahren Krieg auf dem europäischen Kontinent herrscht, für die Europäische Bewegung selbstverständlich, dass die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU auch in «neuen» Bereichen wie Sicherheit und Verteidigung aber auch Klimaschutz oder Digitalisierung intensiviert werden soll. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass auch die kommenden Generationen in Frieden und Freiheit in Europa leben können. Und nicht zuletzt ist eine verfassungsrechtliche Anbindung an das europäische Projekt in einer Zeit, in welcher der Multilateralismus in einer Krise steckt und sich wieder Blöcke bilden, besonders wichtig. Die Schweiz ist Teil Europas. Unsere Zukunft liegt in Europa!

Verschaffen wir uns Gehör!

In den kommenden Monaten steht also viel auf dem Spiel: Es geht um die Stabilisierung und vor allem um die Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU. Es geht um unseren Beitrag zum europäischen Projekt, das angesichts der zunehmenden Bedrohung gegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheiten so zentral ist.

Daher müssen wir uns jetzt Gehör verschaffen. Ob mit Blick auf eine Volksabstimmung über das Verhandlungsergebnis oder in einer längerfristigen Perspektive: Sowohl die Kampagne «Ich sage Ja!» als auch die Europa-Initiative sollen es uns ermöglichen, die Befürworter:innen einer offenen und in Europa integrierten Schweiz zu mobilisieren und positiv über Europa zu reden. In den kommenden Monaten werden diese beiden Kampagnen weitergeführt bzw. ausgebaut. Sich abzuschotten ist keine Option! ★



FÜR EINE STARKE SCHWEIZ IN EUROPA (EUROPA-INITIATIVE)



Im Bundesblatt veröffentlicht am 02.04.2024. Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68 ff. folgendes Begehren:

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine starke Schweiz in Europa (Europa-Initiative)»

Die Bundesverfassung wird wie folgt verändert:

Art. 54a Europäische Integration

- Der Bund beteiligt sich aktiv an der europäischen Integration.
- Er schliesst zu diesem Zweck völkerrechtliche Verträge mit der Europäischen Union ab, welche eine gesicherte und entwicklungsfähige Teilhabe an den Freiheiten des Europäischen Binnenmarktes und an weiteren Bereichen der europäischen Zusammenarbeit ermöglichen, insbesondere an Kultur, Bildung und Forschung und am Schutz des Klimas.
- Bund und Kantone stellen im Rahmen der geltenden Verträge den Schutz der demokratischen und föderalen Grundwerte, der natürlichen Lebensgrundlagen sowie des sozialen Ausgleichs im Gemeinwesen und auf dem Arbeitsmarkt sicher.

Art. 197 Ziff. 16

Übergangsbestimmung zu Art. 54a (Europäische Integration)

Der Bundesrat schliesst spätestens nach der Annahme von Artikel 54a durch Volk und Stände ohne Verzögerung die notwendigen Verträge mit der Europäischen Union ab. Er legt die Verträge innert 12 Monaten nach Abschluss der Verhandlungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vor. Zeitgleich schlägt er die zur Umsetzung von Artikel 54a Absatz 3 erforderlichen Massnahmen vor. Diese stellen insbesondere sicher, dass der europäische Grundsatz gleicher Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der Schweiz wirksam und dauerhaft umgesetzt wird.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Kanton:		PLZ:		Politische Gemeinde:			Kontrolle leer lassen
Nr.	Name eigenhändige Blockschrift	Vorname eigenhändige Blockschrift	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift		
1.							
2.							
3.							
4.							
5.							

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: **Alexander Messmer**, Städtli 7, 8505 Pfyn, **Aline Trede**, Sonneggring 15, 3008 Bern, **Balthasar Glättli**, Förlibuckstrasse 227, 8005 Zürich, **Danilo Lo Pumo**, Breitensteinstrasse 57, 8037 Zürich, **Dominic Ullmann**, Widenhubstrasse 8, 8552 Felben-Wellhausen, **Emile Blant**, Rue du Puits 5, 2300 La Chaux-de-Fonds, **Fabian Molina**, Schaffhauserstrasse 15, 8006 Zürich, **Florian Schmid**, Laubschochenstrasse 1, 79807 Lottstetten, **Hans Werder**, Wildhainweg 16, 3012 Bern, **Isabelle Gerber**, Triemlistrasse 21, 8047 Zürich, **Joëlle de Sépibus**, Buristrasse 24, 3006 Bern, **Kathrin Amacker**, Im Klosteracker 25, 4102 Binningen, **Lisa Marchon**, Jülicherstrasse 14, 40477 Düsseldorf, **Luzian Franzini**, Eichwaldstrasse 7, 6300 Zug, **Martin Gollmer**, Heimeliweg 2b, 8952 Schlieren, **Michael Huber**, Weesenstrasse 18, 9050 Meistersrüte Appenzell, **Nadège Widmer**, Chem. Pauvre-Jacques 1, 1630 Bulle, **Nicolas Walder**, Chemin Vigne Rouge 1, 1227 Carouge, **Paul Hofer**, Buchenstr 12, 4104 Oberwil, **Raphaël Bez**, Hilfigerstrasse 4, 3014 Bern, **Roland Hurschler**, Lettenstrasse 26, 8037 Zürich, **Sarah Wyss**, Schorenweg 36, 4058 Basel, **Sanija Ameti**, Kanzleistrasse 80, 8004 Zürich, **Sibel Arslan**, Rebgasse 1, 4005 Basel, **Stefan Manser-Egli**, Halden 1, 6207 Nottwil, **Tim Guldemann**, Barbarossaplatz 4, 10781 Berlin, **Thomas Cottier**, Kunoweg 17, 3047 Bremgarten bei Bern

Ablauf der Sammelfrist: 02.10.2025

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort:	Eigenhändige Unterschrift:	Amtsstempel:
Datum:	Amtliche Eigenschaft:	

Senden Sie diese Liste teilweise oder vollständig ausgefüllt möglichst bald an: Europa-Initiative, Postfach 6, 9215 Schönenberg. Weitere Informationen und Unterschriftenbögen finden Sie auf unserer Website: www.europa-initiative.ch

Europa mitten im Alltag der Genfer:innen

von **Nicolas Walder**, Präsident der Sektion Genf der Europäischen Bewegung und Nationalrat Grüne/GE



© Nicolas Walder

Es ist wichtig, dass die Schweiz ihre Beziehungen zur Europäischen Union ausbaut. Insbesondere für einen Kanton wie Genf, dessen wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben sich an der Grenze zu Frankreich abspielt und dessen Wohlstand auch den Nachbarn geschuldet ist: Was wären unser Gesundheitssystem, unsere Unternehmen oder unser Tourismus ohne die Arbeitskräfte aus Frankreich? Der freie Personenverkehr, der im Alltag so selbstverständlich gelebt wird und sich auch in grenzüberschreitenden Freundschaften und Liebesgeschichten zeigt, ist ein Segen, der unter Druck steht.

Stärkeres Engagement

Die Verschlechterung der Beziehungen zur EU beunruhigt viele Genfer:innen – nicht nur wegen dem Ausschluss aus Programmen wie «Horizon Europe» oder «Erasmus+». Wer sich der Bedeutung unserer europäischen Nachbarschaft bewusst ist, empfindet die Wiederaufnahme der Verhandlungen über neue bilaterale Abkommen als Hoffnungsschimmer. Doch noch ist nichts gewonnen. Deshalb will unsere Sektion ihr Engagement verdoppeln, um unser Ziel «mehr Europa» in die gesamte Bevölkerung zu tragen.

Fehler korrigieren

Es ist an der Zeit, die Fehler zu korrigieren, die seit 1992 und der Ablehnung des EWR begangen wurden und wonach der SVP das Feld für permanentes «Euro-Bashing» überlassen wurde. Aus Angst vor einer EU, die sich in sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Belangen weiterentwickelt, verweigern populistische Strömungen umso entschlossener jegliche Annäherung. Während der Bundesrat weiterhin keine Industriepolitik treiben will, die den Herausforderungen des Klimas und der Sicherheit gerecht wird, schreitet die EU mit ehrgeizigen Plänen wie dem Green Deal, dem

Digital Services Act oder dem Lieferkettengesetz voran, um den ökologischen Wandel zu beschleunigen und die Demokratien widerstandsfähig zu halten.

In der Tat ist die EU auch das beste Schutzschild gegen Diktaturen, die mit rückschrittlichen Kräften verbündet sind und weltweit die Rechtsstaatlichkeit und die internationale Zusammenarbeit in Frage stellen – eine Zusammenarbeit, die Genf als Gastgeberkanton der UNO und eines Grossteils der Verträge, die heute die Grundlage der internationalen Ordnung bilden, am Herzen liegt.

Freundschaften pflegen und Zusammenarbeit fördern

Wir sind überzeugt, dass Isolationismus à la SVP nicht nur unseren Wohlstand und unsere Freiheiten gefährdet, sondern auch ein Risiko für die Sicherheit unseres Landes darstellt.

Indem sie lieber mit Wladimir Putin und Xi Jinping Handel treiben als mit unseren Freunden in Paris, Berlin oder Brüssel, spielen die Populisten mit dem Feuer.

Angesichts von Herausforderungen, die weit über unser Land hinausgehen, müssen wir mehr denn je die Zusammenarbeit mit unseren demokratischen Nachbarn fördern – angefangen mit einem erfolgreichen Abschluss der Bilateralen III. ★

Für die Zukunft der Jugend mehr Europa wagen

von **Johann von Graffenried**, Generalsekretär der young european swiss | yes

Der Beginn der Verhandlungen mit der EU und die Lancierung der Europa-Initiative zeigen, dass 2024 bislang ein «europareiches» Jahr für die Schweiz ist – oder zumindest ein Jahr, in dem der Begriff Europa wieder vermehrt in der öffentlichen Diskussion auftaucht. Doch was davon bleibt am Ende für die Zukunft bestehen? Besonders aus der Perspektive der Jugend ist dies die zentrale Frage.

Der Tag, an dem Bundespräsidentin Amherd und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen Mitte März die offizielle Eröffnung der gemeinsamen Verhandlungen verkündeten, war ein wichtiger Meilenstein für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Auch die yes begrüsst diesen Schritt, machte jedoch darauf aufmerksam, dass die Stimme der Jugend nicht vergessen werden darf. So ist besonders die Teilnahme an den Forschungsprogrammen «Erasmus+», «Horizon Europe» und «Copernicus» essentiell für den Bildungsstandort Schweiz. Diese Programme sind wesentlich für die Bildungsmöglichkeiten junger Erwachsener, was wiederum für die Zukunft unseres Landes und Europas von Bedeutung ist. Nur eine starke transnationale Bildungs- und Forschungskultur ermöglicht Fortschritte. Die momentanen Übergangslösungen betrachtet die yes als ungenügend. Es braucht eine vollständige Wiedereingliederung der Schweiz in diese Programme. Um unseren Anliegen Nachdruck zu verleihen, hat die yes, gemeinsam mit einer überparteilichen Allianz von links bis zur Mitte, ein persönliches Schreiben an Staatssekretär Alexandre Fasel gerichtet. Darin betonten wir die Wichtigkeit der Verhandlungen für die Jugend. Auf Einladung des Staatssekretärs durften wir ihm gemeinsam mit den anderen Jungparteien und Jugendorganisationen unsere Anliegen schildern, sodass die Stimme der Jugend nun Gehör fand. Es bleibt abzuwarten, welche Bedeutung den Anliegen der Jugend in den Verhandlungen beigemessen wird. Die Schweiz muss verstehen, dass sie ein Teil Europas und Europa ein Teil von ihr ist.



Austausch im Bundeshaus mit dem Staatssekretär Alexandre Fasel.

© young european swiss | yes

Gemeinsame Werte und Grundhaltungen – sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft – sind das, was uns verbindet. In einer Zeit voller Krisenherde, in der Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat nicht mehr als Selbstverständlichkeiten gelten können, braucht es eine starke Wertegemeinschaft, die diesen Grundsätzen treu bleibt. Die Europa-Initiative macht diesbezüglich einen Schritt in die richtige Richtung, indem sie die Verbindung zwischen der Schweiz und Europa in der Bundesverfassung verankern will. Aus diesem Grund unterstützt die yes die Initiative und beteiligt sich an ihrer Umsetzung.

Die Schweiz und die EU bewegen sich aufeinander zu – doch wie nah genau? Es bleibt zu hoffen, dass sich Gesellschaft und Politik über die Relevanz der Beziehung klar werden. Denn die Entscheidungen über die bilateralen Abkommen sowie die Europa-Initiative werden die kommenden Jahre und Jahrzehnte prägen; sie sind daher insbesondere für die Jugend von zentraler Bedeutung. Die Schweiz muss weiterhin mehr Europa wagen und sich zu seinen Werten bekennen! ★



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Voller Einsatz für die Europawahlen in Frankreich

von **Hervé Moritz**, Präsident der Europäischen Bewegung – Frankreich.



© Hervé Moritz

HERVÉ MORITZ ist seit Dezember 2022 Präsident der Europäischen Bewegung – Frankreich. Zunächst engagierte er sich bei den Jungen Europäer:innen, wo die unter 35-Jährigen der Europäischen Bewegung vereint sind und deren Vorsitzender er von 2017 bis 2019 war. Er half bei der Organisation zahlreicher Projekte und Veranstaltungen. Hervé Moritz ist Doktorand in der Geschichte der europäischen Integration an der Universität Strassburg und Dozent an der Sciences Po Strasbourg.

Für die Europawahlen hat die Europäische Bewegung – Frankreich eine grosse Kampagne auf die Beine gestellt, um die Bürger:innen zur Stimmabgabe zu bewegen und ihre Vertreter:innen im Europäischen Parlament zu wählen. Hier ein Rückblick auf diese aussergewöhnliche Mobilisierung.

Anlässlich der Europawahlen, die vom 6. bis 9. Juni in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union stattfanden, führte die Europäische Bewegung – Frankreich eine parteiübergreifende Kampagne durch, um die Bürger:innen zur Teilnahme zu ermutigen. In Frankreich ist die Situation nach wie vor besorgniserregend: Einen Monat vor der Wahl erreichten die rechtsextremen Parteien in Prognosen bereits fast 40 Prozent – bei insgesamt niedriger Wahlbeteiligung. Obwohl die Errungenschaften des europäischen Aufbauwerks nicht in Frage gestellt werden, wie die Vorteile der Freizügigkeit, der gemeinsamen Währung und europäischer Programme wie «Erasmus+», ist fast jeder zweite Franzose und jede zweite Französin mit der heutigen Europäischen Union unzufrieden.

L'Europe pour de bon!

Um die Französinen und die Europäer, die in Frankreich ihre Stimme abgaben, für diese Wahlen zu interessieren, stellten die Freiwilligen der Europäischen Bewegung – Frankreich ihre Kampagne unter das Motto «L'Europe pour de bon!».

Denn die Errungenschaften des europäischen Projekts stehen nicht in Frage – vielmehr braucht es jetzt den Mut, Europa endgültig zu vereinen. Dies mit Fortschritten z. B. bei der gemeinsamen Aussen- und Verteidigungspolitik, der Reindustrialisierung, der sozialen Begleitung des ökologischen Wandels oder der Reform der Institutionen im Hinblick auf künftige Erweiterungen der Europäischen Union.

Grosse Mobilisierung

Die Europäische Bewegung – Frankreich hat sich bemüht, zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft – einschliesslich solcher, die nicht auf europäische Fragen spezialisiert sind – in einer öffentlichen Kampagne für die Wahlbeteiligung zu vereinen. Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Bildungsverbände und viele andere haben sich beteiligt. Sie organisierten Bildungs- und Informationsanlässe für Jung und Alt. Die Kampagne umfasste hunderte von Veranstaltungen in ganz Frankreich.

Die Europäische Bewegung organisierte auch Debatten mit Kandidierenden in jeder Region.

Die Europäische Bewegung – Frankreich betrieb auch umfassende Kommunikation in den sozialen Netzwerken und vor Ort, um die Unentschlossenen anzusprechen. Unter dem Titel «Lassen Sie Europa nicht verschwinden, wählen Sie!» erschien eine dystopische Zeitung, die das Verschwinden der Europäischen Union ankündigte. Diese originelle Parodie ermöglichte es, auch die gleichgültigsten Wähler:innen anzusprechen und aufzuzeigen, wie die EU – oft unbemerkt – unseren Alltag beeinflusst.

Die hervorragende Mobilisierung der Mitglieder der Europäischen Bewegung in ganz Frankreich hat dazu beigetragen, dass unsere Mitbürger:innen ihre Stimme abgegeben haben, und sie hat die Bekanntheit unserer Vereinigung, unsere Bildungsarbeit und unser Engagement für ein geeinteres Europa gestärkt. ★

Alle Informationen über die Kampagne finden Sie unter europedeutbon.fr.



Neueste Publikation



Im Jahr 2020 haben wir ein **Whitepaper zur Personenfreizügigkeit** erarbeitet, das nun in einer überarbeiteten Neuauflage erschienen ist. Das Whitepaper hebt die Bedeutung der Personenfreizügigkeit hervor. Es werden verschiedene Sektoren der Schweizer Wirtschaft unter die Lupe genommen und es wird aufgezeigt, dass die Schweiz nicht einfach das Land der Schweizer:innen, sondern ein Land der Europäer:innen ist. Unser Erfolg beruht darauf, dass in der Schweiz ganz selbstverständlich viele Arbeiten von EU-Bürger:innen geleistet werden – was nur dank der Personenfreizügigkeit möglich ist. ★

Online-Veranstaltung



Europa in der Mittagspause – unsere **neue Veranstaltungsreihe Europe@lunch** gibt spannende Inputs zu den grossen Themen der Europapolitik, kurz und bündig. Per Zoom klären Experten und Expertinnen über wichtige europäische Themen auf. Das Format gibt einem in rund 45 Minuten wichtige Elemente, mit denen man zu einer sachlichen Debatte über unsere europäische Zukunft beitragen kann. Die erste Serie dieser Veranstaltungsreihe widmete sich den aktuellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Alle Events können online auf unserem YouTube-Kanal (@europoCH) angesehen werden. ★

Blog-Beitrag



In seinem Beitrag geht Markus Bieri, Vorstandsmitglied unserer Sektion Zürich, auf einen **Event der Sektion mit Alexandre Fasel** ein. Der Staatssekretär schilderte ausführlich, wie sich das Verhältnis der Schweiz nach dem 2. Weltkrieg in Europa entwickelte. Er erinnerte auch daran, dass der Bundesrat bereits 1948 sein Bestreben äusserte, eine Abkoppelung der Schweiz vom europäischen Wirtschaftsraum unbedingt verhindern zu wollen. Das gilt bis heute als Konstante der Schweizer Europapolitik. Der Beitrag gibt einen interessanten Einblick zum Event und viele Informationen zu den Beziehungen Schweiz-EU. ★



Herausgeberin
Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion
Janina Aeberhard, Raphaël Bez
Magazin europa.ch, Europäische Bewegung Schweiz, Postfach, 3001 Bern,
+ 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen
Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Christoph Driessen, Ralph Friedländer, Hervé Moritz, Claude Nicati, Marie-France Roth Pasquier, Monika Rühl, Christine Schraner Burgener, Johann von Graffenried, Nicolas Walder

Übersetzung und Lektorat
Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Toni Koller, Arthur Schmid

Konzept
Nicolas Peter

Druck
Stämpfli Kommunikation AG, Bern

Auflage
2450 auf Deutsch, 1450 auf Französisch

Titelseite
© Alessandro della Valle, EU-Delegation Bern

Postkonto und IBAN
30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.

Anzeige

So können Sie sich klar zu Europa bekennen!

Unser Europa-Shop

- Pins EU oder Schweiz-EU
- Europa-Argumentarium
- Kugelschreiber
- 7. Dezember 1992-Kerze
- Regenschirm
- Stickers



europa.ch/shop





Ein rundum nachhaltiger Beitrag für das New Office: Das neue Pouf-Programm Incycle besteht zu 90 – 95% aus Materialien, die aus verschiedensten bereits verwendeten Produkten recycelt wurden. Design: Mathias Seiler.
Mehr dazu unter www.girsberger.com/de/incycle

